

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Mitglieder der Senioren-Union in der CSU,



die Europawahlen stehen noch nicht unmittelbar vor der Tür, aber sie nähern sich mit sehr großen Schritten. In der Januar-Ausgabe des SENetzes hatten wir einen Beitrag des CSU-Spitzenkandidaten zur Europawahl, dem EVP-Fraktions- und Parteivorsitzenden Manfred Weber, MdEP. Heute freue ich mich, Ihnen ein Grußwort unserer SEN-Spitzenkandidatin, der Vorsitzenden der CSU-Europagruppe Prof. Dr. Angelika Niebler, MdEP, präsentieren zu können. Darüber hinaus erhalten Sie einen hochinteressanten Artikel unseres SEN-Ortsvorsitzenden von Wegscheid, Josef Lamperstorfer, aus der Bayerischen GemeindeZeitung zum Thema medizinische Versorgung. Die Themen Gesundheit und Pflege wie auch das Thema Rente müssen im Fokus unserer politischen Aktivitäten stehen.

Im Zusammenhang mit Wahlen wurde schon oft gesagt, die kommende Wahl ist eine „Schicksalswahl“. Wenn Sie mich fragen, dieser Begriff war noch nie so zutreffend wie in diesem Jahr. Es geht nicht mehr nur um inhaltliche Debatten und die Vergabe von Posten. Es geht um die Existenz. Um die Existenz der Europäischen Union in ihrer heutigen Form und damit meine ich nicht weniger als Freiheit, Demokratie, Wohlstand und Menschenrechte.

Aus diesem Grund bitte ich Sie darum, sich im Europawahlkampf zu engagieren. Einen besonderen Aktionstag wollen wir am 11. Mai gemeinsam mit der Jungen Union (JU) veranstalten. Hierzu erhalten Sie gesonderte Informationen.

Das Wichtigste ist: Bitte gehen Sie unbedingt wählen und motivieren Sie auch andere, sich an der Europawahl zu beteiligen. Jede Stimme für die CSU ist eine Stimme für Bayern in Europa, denn nur auf unserer Liste befinden sich allein Kandidaten aus Bayern. Bei anderen Parteien handelt es sich um deutschlandweite Listen, die nur zu einem geringen Teil bayerische Kandidaten enthalten.

Doch zunächst wünsche ich Ihnen erst einmal gesegnete, geruhsame und in jeder Hinsicht sonnige Osterfeiertage!

Herzlichst  
Ihr



Franz Meyer  
SEN-Landesvorsitzender

Presseinformation

28.02.2024

## **Intensiver Austausch der Senioren-Union mit dem Fraktionsvorsitzenden der CSU im Bayerischen Landtag Klaus Holetschek**

### **Gemeinsam für Europa kämpfen**

Die Bedeutung der Europawahlen und die Anstrengungen am 9. Juni eine hohe Wahlbeteiligung und viele Stimmen für die CSU zu erreichen, standen im Mittelpunkt des Austausches zwischen dem Landesvorstand der Senioren-Union und dem Vorsitzenden der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag Klaus Holetschek. „Gerade die ältere Generation erinnert sich noch, wie mit großen Fortschritten die europäische Einheit vorangetrieben wurde. Wir müssen bei der Europawahl dafür sorgen, dass sich gerade die älteren Menschen für den Erhalt und die Weiterentwicklung eines vereinten Europas einsetzen“, unterstrich Franz Meyer, Landesvorsitzender der Senioren-Union. „Deshalb werden wir im Europawahlkampf besonders argumentieren und die ältere Generation ansprechen.“

Bei der Bestandsaufnahme der aktuellen politischen Situation unterstrich Klaus Holetschek, Vorsitzender der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag, vor dem Landesvorstand der Senioren-Union, dass die Politik der Ampel-Regierung in Berlin Deutschland schade. „Während wichtige Themen durch den Streit in der Berliner Ampel blockiert werden, kommen nur ideologiegetriebene Vorhaben wie die unverantwortliche Freigabe von Cannabis voran. Das Versagen der Bundesregierung legt unsere Wirtschaft und die gesamte Gesellschaft lahm. Der Politik wird generell Handlungsunfähigkeit und Demokratiemüdigkeit vorgeworfen“, fasste CSU Fraktionsvorsitzender Holetschek zusammen. „Bayern muss in vielen Themen das Korrektiv zur Bundespolitik sein und dank einer stabilen bürgerlichen Koalition können die Themen auf Landesebene zukunftsweisend geregelt werden.“

Schwerpunkt des Gedankenaustausches war die Vorbereitung auf die Europawahl und die Einigkeit in der Wahrnehmung, dass die aktuell schwierige Situation nicht zur Wählermüdigkeit führen darf. „Wir müssen deutlich machen, dass bayerische Interessen nur durch die Stimmen für die CSU gestärkt werden, denn nur die CSU bietet eine rein bayerische Liste“, unterstrich Klaus Holetschek. „Mit einem guten Ergebnis für die CSU wird die Rolle der CSU gestärkt und auch die Bedeutung der bayerischen Vertreter in der europäischen Volkspartei hervorgehoben.“

Für die Senioren-Union betonte der Landesvorsitzende Meyer, dass nach den Europawahlen klargestellt werden muss, wo europaweiter Regelungsbedarf besteht und welche Themen von den Ländern und Regionen selbstständig entschieden werden können. „Der Vorstoß zur Führerscheinregelung, die geforderte regelmäßige Überprüfung ab dem 70. Lebensjahr ist ein Beispiel, dass weder ein Regelungsbedarf auf europäischer Ebene besteht noch eine Richtlinie, die die ältere Generation diskriminiert“, erklärte Franz Meyer. „Die ältere Generation wird für unsere Argumente offen sein, wenn wir deutlich machen, dass nur ein starkes, wehrhaftes und an den Menschen orientiertes Europa alternativlos ist. Wir werden die Argumente für Europa gerade bei der älteren Generation deutlich machen und sowohl den Spitzenkandidaten der Europäischen Volkspartei (EVP) Manfred Weber als auch die Kandidaten der Senioren-Union für das Europaparlament nachhaltig unterstützen.“

Ende



# Europa – jetzt erst Recht!

Liebe Freundinnen und Freunde in der Senioren-Union,

der Wahlspruch der Senioren-Union, „Ohne SEN geht es nicht“, findet meine volle Zustimmung und er ist mindestens genauso richtig, wie wenn ich sage „Ohne Europa geht es ebenso nicht“. Europa und die Europawahl waren natürlich schon immer wichtig für Bayern und die CSU, aber die aktuelle turbulente Weltlage zeigt uns allen einmal mehr, wie entscheidend es sein wird, in der EU auch für die nächsten Jahre die richtigen Weichen zu stellen. Europapolitik kann und darf man nicht den Extremisten überlassen, die die EU „zerstören“ wollen, die von „Dexit“ träumen, aus Nato, EU, Schengen-Raum und der Eurozone austreten wollen. Das hieße, die Axt an unseren Wohlstand zu legen und darum muss für uns gelten, dass wir um jede Stimme bis zum 9. Juni in Bayern kämpfen müssen.

2014 begann der Feldzug Russlands gegen die Ukraine auf der Krim und seit 24. Februar 2022 gegen das gesamte Land. Wir haben wieder Krieg in der Mitte Europas. Ein an sich schon so furchtbarer Satz, den sich gerade viele Mitglieder der SEN noch intensiver vergegenwärtigen können auf Grund ihrer am eigenen Leib gemachten Lebenserfahrungen in den 1940er und Folgejahren. Putins barbarischer Angriffskrieg wird als eines der dunkelsten Kapitel in die Geschichte dieses noch relativ jungen Jahrhunderts eingehen. Wir Europäer stehen fast ausnahmslos geschlossen an der Seite der Ukraine und versuchen, das Leid der Menschen mit Hilfsgütern und militärischer Unterstützung zu lindern, wo es uns möglich ist. Persönlich wünsche ich der Ukraine nichts mehr als einen baldigen Frieden und dann werden wir dem Land eine europäische Perspektive geben.

Das Hauptthema nicht nur für die Europawahl am 9. Juni, sondern auch für die kommende Legislaturperiode in Brüssel und Straßburg, für die ich mich erneut als oberbayerische Spitzenkandidatin auf Listenplatz 2 der CSU bewerbe, ist damit eindeutig gesetzt: Es geht um ein starkes Bayern in einem stabilen und sicheren Europa. Die Grundvoraussetzung für eine gesellschaftliche und wirtschaftliche Stabilität ist die Sicherheit und die wiederum werden wir nur aufrechterhalten können, wenn wir als Europa verteidigungsfähig sind. Für mich steht es daher außer Frage, dass wir als Bundesrepublik Deutschland mindestens zwei Prozent unseres Bruttoinlandsprodukts für Verteidigung ausgeben und das langfristig betrachtet. Der Schutz unserer Grenzen, unserer sozialen Standards, der Bevölkerung in Europa gerade in diesen wirren Zeiten muss für uns Europaparlamentarier oberste Priorität haben.

Die zweitgrößte Herausforderung für mich stellt die Thematik Migration dar. Unsere Kommunen sind vielerorts schon an der absoluten Belastungsgrenze angelangt. Wir brauchen dringend eine weitere deutliche Reduzierung der Zuwanderung nach Europa. Unsere Grenzen in Europa können wir nur sichern mit einem effektiven Grenzschutz.

Abschiebungen müssen wir beschleunigen, v.a. derer, die hier straffällig geworden sind, und die Fluchtanreize müssen wir auf ein Minimum senken. Hier ist vor allem die Ampelregierung gefordert. Bayern leistet, was es leisten kann, z.B. durch die Initiative, eine Bezahlkarte einzuführen. Unser Ziel ist, dass Hilfe in Europa wirklich nur noch die Menschen erhalten, die sie nachweislich auf Grund von Krieg, Not und Vertreibung benötigen. Bei der Aufnahme und Verteilung der Geflüchteten erwarte ich von einigen unserer europäischen Partner mehr Solidarität, denn sie ist die Voraussetzung, dass ein geeintes Europa funktioniert.

Erfreulich ist, dass wir Ende letzten Jahres einen großen Schritt gemacht haben, um die illegale Migration zu stoppen. Wir wollen nicht, dass Schlepper und Schleuser entscheiden, wer nach Europa kommt. Daher begrüße ich die gefundene Einigung zwischen dem Parlament und den Mitgliedstaaten, dass wir künftig bereits an den europäischen Außengrenzen Verfahren durchführen, in denen die Bleibeberechtigung der Schutzsuchenden geprüft wird.



Als Mitglied der EVP-Fraktion hat die CSU-Europagruppe in den vergangenen Jahren vieles durchgesetzt, was den Bürgerinnen und Bürgern in Bayern zugutekommt, z.B. die Optimierung bzw. Reduzierung der seitens der EU-Kommission vorgelegten Gebäudeenergieeffizienzrichtlinie. Die CSU hat hier einen massiven Zwangssanierungshammer für alle Hausbesitzer abgewendet. Ebenso üben wir CSU-Europaabgeordnete immer wieder Kritik, wo wir sie für berechtigt halten, so z.B. an der Revision der Führerschein-Richtlinie.

Der EU-weite Führerschein hat seit seiner Einführung für Millionen Europäerinnen und Europäer einen echten Mehrwert gebracht. Diese Vorteile scheinen Grünen, Linken und Sozialdemokraten nicht viel Wert zu sein: Sie stimmten bei der Plenarabstimmung im Europäischen Parlament über die Revision der EU-Führerscheinrichtlinie für verpflichtende medizinische Tests und gegen eine von uns geforderte europaweite Anerkennung von Traktor-Führerscheinen. Gegen diese Art von Neuauflage habe ich gestimmt. Ziel der Überarbeitung der Führerscheinrichtlinie war eigentlich, Begleitetes Fahren ab 17 Jahren EU-weit möglich zu machen und digitale/elektronische Führerscheine grenzüberschreitend anzuerkennen.

Die Grünen haben im Zuge der Beratungen im Verkehrsausschuss des Europäischen Parlaments zudem weitere abstruse Forderungen aufgestellt. Sie wollten die generelle Gültigkeitsdauer von Führerscheinen auf zehn Jahre beschränken und stufenweise absenken, sodass diese ab 70 Jahren nur noch für fünf Jahre und ab 80 Jahren nur noch für zwei Jahre gültig wären. Das ist für mich nichts anderes als pure Altersdiskriminierung!

Außerdem wollten die Grünen ein Tempolimit von 110 km/h für die Führerscheinklasse B sowie ein Nachtfahrverbot und Tempolimit von 90 km/h für Fahranfänger einführen. Wenigstens diese absurden Vorschläge von Grünen und Linken konnten wir schon im Ausschuss verhindern. Niemand braucht alltagsfremde und bevormundende Regeln. Sie tragen nichts zur Verkehrssicherheit bei.

Leider hat es gegen die Stimmen der CSU-Europagruppe bei der Plenarabstimmung über die Führerscheinrichtlinie eine Mehrheit gegeben. Ein Lichtblick ist wenigstens, dass die beschlossene Position des Europäischen Parlaments zur Führerscheinrichtlinie nicht deren finale Fassung darstellt. Im nächsten Schritt werden Parlament und Mitgliedstaaten über ihre genaue Ausgestaltung verhandeln. Ich bin zuversichtlich, dass wir im Zuge dieser Verhandlungen die Punkte, die über das Ziel hinausschießen, noch korrigieren können.

Liebe SEN-Mitglieder: Bei all diesen Themen sehen Sie also, dass wir mehr denn je eine vernünftige bayerische Stimme in Europa brauchen und zwar jetzt erst recht! Für eine bürgerliche Politik der Mitte, die an erster Stelle das Wohl des Freistaats Bayern und seiner Menschen im Blick hat, steht nur die CSU. Wir sind erneut die einzige Partei, die zu 100% mit bayerischen Kandidatinnen und Kandidaten zur Europawahl am 9. Juni antritt. Bitte unterstützen Sie uns mit unserem Spitzenkandidaten Manfred Weber im bevorstehenden Wahlkampf engagiert und voller Überzeugung! 79 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs darf es nicht noch kriegerischer in Europa werden, als es aktuell leider ist. Europa wird immer dann am stärksten sein, wenn die 27 EU-Staaten zusammenhalten. Und das sage ich zum Schluss ganz offen: Europa ist gewiss nicht perfekt und es werden teils auch gravierende Fehlentscheidungen getroffen. Man denke nur an das Aus für den Verbrenner. Die Ampel-Regierung hatte dies mitgetragen. Wir Christsoziale stehen für die soziale Marktwirtschaft und Technologiefreiheit und wir werden versuchen, das Verbrennerverbot in der nächsten Legislaturperiode zu korrigieren. Europa ist nicht perfekt, aber aller Mühen wert. Es lohnt sich, für das einzutreten, wofür wir Europäer stehen: Für die Einhaltung der Menschenrechte, für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Chancengleichheit. Für Freiheit, gegen staatliche Bevormundung und ideologischen Dirigismus. Es geht bei der Europawahl um die Richtung, in die sich die EU weiterentwickelt. Wir wollen ein starkes Bayern in einem starken, stabilen Europa. Darum geht es bei der Europawahl.

**Prof. Dr. Angelika Niebler, MdEP**

Vorsitzende der CSU-Europagruppe in der EVP-Fraktion

# Allergrößte Sorge um medizinische Versorgung!

„Ich wünsche uns allen alles Gute im neuen Jahr und der Bundesregierung die Einsicht, dass die 10 Mrd. € der fehlenden Krankenkassenbeiträge der Bürgergeldempfänger jährlich an die Krankenhäuser bezahlt werden, da andernfalls mangels Krankenhäusern eine Krankenhausreform nicht mehr nötig ist“, schrieb Josef Lamperstorfer an die Bayerische Gemeindezeitung. Der langjährige Erste Bürgermeister von Wegscheid macht sich als Mitglied des Verwaltungsrates der Gesundheitseinrichtungen im Landkreis Passau allergrößte Sorgen um die medizinische Versorgung unserer Bevölkerung.

Die Ampelregierung hat zum 1.1.2023 und zum 1.1.2024 das Bürgergeld um insgesamt 25,3 % (449 € auf 563 €) erhöht. Zusätzlich erhalten die Bürgergeldempfänger u.a. die gesamten Miet- und Heizungskosten erstattet. Kein Arbeitnehmer oder Rentner erhält eine solche Erhöhung in diesem Zeitraum.

Ebenso zahlen die Bürgergeldempfänger keine Krankenversicherungsbeiträge, da diese vom Bund übernommen werden. Allerdings zahlt der Bund je Bürgergeldempfänger wesentlich weniger, als tatsächlich bei den Krankenkassen an Kosten anfallen, wie aus dem IGES-Gutachten ersichtlich ist. [https://www.iges.com/sites/igesgroup/iges.de/myzms/content/e6/e1621/e10211/e15829/e22149/e22151/e22153/attr\\_objs23127/IGES\\_GKV-Beitraege\\_Dez2017 ger.pdf](https://www.iges.com/sites/igesgroup/iges.de/myzms/content/e6/e1621/e10211/e15829/e22149/e22151/e22153/attr_objs23127/IGES_GKV-Beitraege_Dez2017 ger.pdf)

Laut Mail-Antwort des GKV-Spitzenverbandes wird dieses Defizit der Krankenkassen durch die Bürgergeldempfänger vom Bund bis heute nicht ausgeglichen. Allerdings dürften die Zahlen (nicht gedeckte Kosten der Krankenkassen je Bürgergeldempfänger 147 € je Monat) laut damaligem IGES-Gutachten inzwischen bei Weitem höher sein.

Aber selbst mit dem damals festgestellten Wert von 147 € je Hartz-IV-Empfänger ergibt sich folgende Berechnung:

**Aktuelle Zahlen der Bürgergeldempfänger laut Internet:**

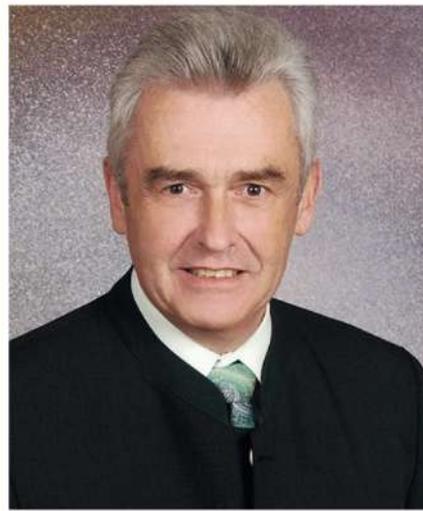
- Nicht arbeitsfähige Bürgergeldempfänger 1,56 Mio.
  - Arbeitsfähige Bürgergeldempfänger 3,9 Mio.
- => insgesamt 5,46 Mio. x 147 € x 12 = 9,6 Mrd. €

Damit finanzieren die Krankenkassenbeitragszahler rund 10 Mrd. € jährlich für die nicht gedeckten Kosten der Bürgergeldempfänger. Was wiederum zur Finanznot der Krankenkassen führt.

Somit stehen auch den Krankenkassen keine Mittel zur Verfügung, dass die Landesbasisfallwerte entsprechend der Inflationsrate und den Steigerungen der Personalkosten erhöht werden können:

**Erhöhung der Fallpauschalenerlöse der Krankenhäuser**

- 2022 um 2,3 % – Inflation 8 %
  - 2023 um 4,4 % – Inflation 7 %
- wobei in den Krankenhäusern rund 90 - 95 %



der Erlöse allein für Personal- und Materialkosten aufgewendet werden müssen.

Gesundheitsminister Lauterbach hat groß 6 Mrd. € an Inflationsausgleich angekündigt; nur ein Teil ist bisher tatsächlich geflossen, da Förderrichtlinien so eng gefasst wurden. Weitere Zahlungen sollen erst Ende 2023 und 2024 fließen.

**Im Haushaltsentwurf wurde der Haushalt des Bundesgesundheitsministeriums von 25,4 Mrd. im Jahr 2023 auf**

**16,2 Mrd. € in 2024 gekürzt = 33,6 %!**, obwohl zusätzliche Mittel für die Krankenhausreform erforderlich sind.

Werden bewusst Insolvenzen und Schließungen von Krankenhäusern in Kauf genommen?! Offensichtlich ja!

Laut einem Interview mit Gerald Gaß dem Vorsitzenden der Deutschen Krankenhausgesellschaft vom 19.07.2023: Karl Lauterbach hat selbst gesagt: „Wir stehen am Vorabend eines Kliniksterbens. Dabei werden auch Krankenhäuser wegfallen, die wir zukünftig brauchen.“ Das sind seine Worte

Auch wenn Herr Lauterbach zwischenzeitlich in der Tagesschau am 13.11.2023 das Gegenteil behauptet, die Tatsachen sprechen eine andere Sprache <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/krankhausreform-laender-lauterbach-100.html>

- Bericht in der Passauer Neuen Presse vom 20.12.2023: 22 Klinikschließungen im Jahr 2023
- Unmengen von Berichten, in welchen dargestellt wird, dass die meisten kommunalen Krankenhäuser 2023 und 2024 nur noch mit Millionenunterstützung durch die Kommunen vor der Insolvenz gerettet werden können.

**Wie lange können die Kommunen dies noch leisten?**

Nachdem die Bundesregierung trotz der hohen Zahl der Bürgergeldempfänger bewusst keinen Ausgleich für den nicht gedeckten Beitrag der Krankenhausleistungen an die Krankenkassen leistet, nimmt sie bewusst in Kauf, dass die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung verschlechtert wird. Wobei die Gesundheit unser wichtigstes Gut ist! Wenn jemand gesund ist, hat er viele Wünsche, wenn er krank ist, nur einen! □